

Bündnis 90/Die Grünen Oberzent  
Stadtverordnetenfraktion  
Elisabeth Bühler-Kowarsch  
Fraktionssprecherin  
Martin-Luther-Str. 24 – 64760 Oberzent  
Tel. 06068/4323  
Email: [e.und.h.kowarsch@web.de](mailto:e.und.h.kowarsch@web.de)  
[www.gruene-oberzent.de](http://www.gruene-oberzent.de)



Oberzent, 21. Dezember 2024

An den Stadtverordnetenvorsteher  
der Stadt Oberzent  
Herrn Dirk Daniel Zucht  
Rathaus  
64760 Oberzent

**Stadt Oberzent: Maßnahmen der Stadt zu Prävention und Bekämpfung von  
Rechtsextremismus  
Anfrage gem. § 16 der Geschäftsordnung**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten diese Anfrage auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am  
Dienstag, 28. Januar 2025 zu nehmen.

Der zunehmende Rechtsruck in Deutschland und das Erstarken rechtsextremer  
Tendenzen und Parteien in unserem Land, insbesondere die zunehmende Unterstützung  
für die AfD, geben Anlass zur Besorgnis. Auch in unserer Stadt, mit einem hohen  
Anteil an Personen mit Migrationshintergrund, sind die Wahlergebnisse der AfD  
besorgniserregend.

Daher möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wissen, welche konkreten  
Maßnahmen die Stadt Oberzent plant und ergreift, um der Verbreitung von  
rechtsextremem Gedankengut und rassistischen Diskriminierungen in  
Oberzent entgegenzuwirken. Vor diesem Hintergrund bitten wir um Beantwortung  
folgender Fragen:

**1. Strategie und Maßnahmenkatalog**

a) Welche spezifischen Maßnahmen und Projekte zur Prävention und  
Bekämpfung von Rechtsextremismus hat die Stadt bisher entwickelt und  
umgesetzt? Ist auch die Jugendpflege in diesem Bereich tätig? Welche  
weiteren Schritte und Projekte plant die Stadtverwaltung, um gegen den  
wachsenden Rechtsextremismus vorzugehen und den sozialen Frieden zu  
fördern?

b) Gibt es einen aktuellen Maßnahmenkatalog oder eine Strategie der Stadt  
gegen Rechtsextremismus und Rassismus und Antisemitismus?

2. **Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Bildungseinrichtungen**
  - a) In welcher Weise arbeitet die Stadtverwaltung und oder der Jugendpfleger aktiv mit Schulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen (z. B. Odenwald gegen Rechts) zusammen, um Aufklärungsarbeit und Demokratiebildung zu fördern?
  - b) Gibt es regelmäßig durchgeführte Projekte, Veranstaltungen oder Schulungen für verschiedene Zielgruppen, um rechtsextremen Tendenzen präventiv entgegenzuwirken?
3. **Erfassung und Analyse rechtsextremer Vorfälle**

Dokumentiert und analysiert die Stadtverwaltung rechtsextreme Vorfälle oder Übergriffe in unserer Stadt?
4. **Unterstützung für Betroffene und Beratung**
  - a) Welche Anlaufstellen und Unterstützungsangebote bietet die Stadt für Betroffene von rechtsextremer Gewalt und Diskriminierung?
  - b) Werden spezielle Beratungsangebote durch die Stadtverwaltung bereitgestellt, die sich gezielt an Menschen mit Migrationshintergrund richten?
5. **Finanzierung und Ressourcen**
  - a) Wie sind die bisherigen und geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus finanziert?
  - b) Gibt es ausreichende Mittel und Ressourcen, um die Wirksamkeit der Maßnahmen langfristig sicherzustellen?
6. **Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und Landesbehörden**

Arbeitet die Stadt mit anderen Kommunen, dem Odenwaldkreis oder Landesbehörden zusammen, um gegen rechtsextreme Netzwerke und deren Einfluss vorzugehen?

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Bühler-Kowarsch

Fraktionssprecherin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN